

'Jammu and Kashmir Democratic Alliance' genanntes Bündnis verschiedener kaschmirischer Widerstandsorganisationen zum 24. Oktober zu einem grenzüberschreitenden Massenprotestmarsch aufgerufen. Schon zum dritten Mal in diesem Jahr versuchten daraufhin 10.000 Demonstranten, die scharf bewachte indisch-pakistanische Waffenstillstandslinie von der pakistanischen Seite zu überqueren, um für die Einheit und Unabhängigkeit des von Indien und Pakistan beanspruchten Kaschmirs zu demonstrieren. Um einen gefährlichen Grenzzwischenfall in der politisch sensiblen Region zu vermeiden, blockten pakistanische Si-

cherheitskräfte den Demonstrationsszug mit massivem Aufgebot schon zwölf Kilometer vor der eigentlichen Grenze ab. Dabei kam es zu Schießereien, bei denen ein Polizist getötet und auf beiden Seiten mehr als 40 Menschen verletzt wurden. Um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, verhafteten pakistanische Behörden am 27. Oktober mehr als 100 führende Mitglieder des national-kaschmirischen Widerstandes.

Neue Personalausweise mit Religionszugehörigkeit

Die Regierung hat am 14. Oktober beschlossen neue Personalausweise

auszugeben, in denen auch die Religionszugehörigkeit des Inhabers vermerkt ist. Sprecher der religiösen Minderheiten, vor allem Christen und Hindus, befürchten, daß dies der Auftakt für Diskriminierungen der Nichtmuslime unter der zu 95 Prozent islamischen Bevölkerung sein könnte. In mehreren Städten kam es in den vergangenen Wochen als Reaktion wiederholt zu größeren Demonstrationen der Betroffenen. Bei einer Kundgebung in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore wurden am 15. November nach Polizeiangaben sieben Christen wegen "Erregung öffentlichen Ärgernisses" verhaftet (siehe dazu auch ausführlichen Beitrag in dieser Ausgabe).

Interview:

Neuorientierung in Süd- und Zentralasien

Wie der Umsturz in Afghanistan und der Bürgerkrieg in Tadschikistan beweisen, steht die Region Süd- und Zentralasiens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges vor der politischen Neuordnung. Akteure wie Iran und Türkei, aber auch Indien und Pakistan wetteifern in dem Großraum um Macht und Märkte. Eine Analyse aus pakistanischer Sicht bietet das folgende Interview mit dem Generalsekretär für Außenpolitik, Akram Zaki, das Jorge Scholz für 'Südasiens' in Islamabad führte. Akram Zaki gilt als geschäftsführender Außenminister Pakistans, seitdem der langjährige Außenminister Yacoob Khan im vergangenen Jahr nach dem Golfkrieg entlassen wurde. Bei der Kabinetterweiterung im August 1991 ist Akram Zaki nominell zwar ein Staatsminister namens Siddique Khan Kanju zur Seite gestellt worden, der jedoch kaum Einfluß besitzt.

Sie sind soeben von einem ersten offiziellen Besuch in Rußland, einer Art "fact-finding-mission", zurückgekehrt. Werden wir in Zukunft als Ergebnis Ihrer Gespräche in Moskau einen fundamentalen Wandel der bisher eher frostigen pakistanisch-russischen Beziehungen erleben?

Was die neuesten Entwicklungen betrifft, ist dies eine wichtige Frage. Wie Sie wissen, hat sich in der ehemaligen Sowjetunion vieles verändert. Wir haben auf dem Boden der ehemaligen UdSSR 15 Nachfolgestaaten, obwohl die Russische Föderation, die ja auch den Sitz der Sowjetunion als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat eingenommen hat, als die wirkliche Erbin gelten kann. Allerdings haben wir zur Kenntnis genommen, daß die neue Russische Föderation in der Afghanistan-Frage und zu Südasiens betreffenden Problemen eine außenpolitische Linie verfolgt, die sich von der der ehemaligen Sowjetunion unterscheidet. Deshalb wollen wir einen Neuanfang in unseren Beziehungen versuchen. Mein Besuch sollte diesem Wunsch der pakistanischen Regierung nach einem Neuanfang in den beiderseitigen Beziehungen Ausdruck verleihen, und dem Aufbau einer solchen freundschaftlichen und kooperativen Zusammenarbeit, die es vorher nicht gab, dienen. Nach meinem Eindruck sind auch die Russen dazu bereit. Meine Gesprächspartner in Moskau stimmten mit mir darin überein, daß die Außenpolitik der Sowjetunion gegenüber den Ländern Südasiens unausgewogen und einseitig gewesen sei, und betonten mir gegenüber, daß sie für die Zukunft realistischere und ausgewogene Beziehungen anstrebten.

Außerdem wurde meine Analyse geteilt, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan für die gesamte Region zu ernsthaften Konsequenzen geführt hat. Dies möchte man auf russischer Seite korrigieren. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, in Afghanistan wieder Frieden und Stabilität herzustellen, in Zentralasien den friedlichen Übergang abzusichern, und Frieden und Sicherheit in Südasiens zu wahren. Dieser Ansatz bietet uns die Gelegenheit, unsere ökonomischen und kommerziellen Beziehungen zu verbessern. Gemeinsam haben wir ein Dokument ausgearbeitet, das die Agenda unserer neuen, verbesserten Beziehungen fixiert, und das demnächst von den politischen Führern beider Staaten unterzeichnet wird.

Ist auch über eine mögliche Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet und über die Lieferung von Rüstungsgütern an Pakistan gesprochen worden?

Wenn zwei Staaten neue Beziehungen zueinander aufnehmen und gemeinsame Interessen entwickeln, können sich Schritt für Schritt weitere Felder für eine mögliche Zusammenarbeit erschließen.

Zentralasien ist politisch gesehen zur Zeit die vielleicht dynamischste Region der Erde. Vor allem die immer grausamer ausgetragenen ethnischen Konflikte in gleich mehreren der jungen Republiken beunruhigen die Internationale Staatengemeinschaft. Glauben Sie, daß die blutigen Bürgerkriege dort auch

die bestehenden Konflikte zwischen verschiedenen Völkern in Pakistan in gefährlicher Weise verschärfen könnten?

Unglücklicherweise können wir eine solche Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien beobachten, wo ebenfalls unterschiedliche Ethnien und Sprachen der dort lebenden Menschen blutige Konflikte ausgelöst haben. Es gibt keine Region auf der Erde, wo es nicht ebenfalls eine solche Vielfalt der Ethnien, Sprachen und Kulturen gibt. Es muß in der Internationalen Politik auch in Zukunft der Grundsatz gelten, daß die Souveränität und territoriale Integrität anerkannter Staaten zu bewahren ist. In der Vergangenheit sind politische Grenzen vor allem durch Gewalt von Außen verändert worden. Dies gilt es in Zukunft zu verhindern. Deshalb brauchen wir allgemein akzeptierte politische Grenzen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Friedliche Veränderungen sind möglich, solange die momentan bestehenden, international anerkannten Grenzen unangetastet bleiben.

Ich denke also an solche Gebiete, in denen den Völkern dieses Recht auf Selbstbestimmung bisher verweigert worden ist, zum Beispiel in Palästina, in Südafrika und natürlich auch in Kaschmir. Bezogen auf Kaschmir ist das Selbstbestimmungsrecht sogar mit zwei entsprechenden UN-Resolutionen anerkannt und bekräftigt worden, wonach über die Zugehörigkeit zu Indien oder Pakistan abgestimmt werden soll. Dennoch ist dies bis auf den heutigen Tag nicht geschehen. Das heißt also: In Konflikt- und Spannungsgebieten sollten die bestehenden Probleme auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts gelöst werden; ansonsten muß das weitreichende Problemfeld der Ethnien und Sprachen in einer Weise behandelt werden, die den Fortbestand der existierenden Grenzen garantiert.

Allerdings gibt es mit Blick auf Pakistan nicht nur in Kaschmir eine Unabhängigkeitsbewegung, sondern auch in der Northwest-Frontier-Province, wo politische Führer des beiderseits der afghanisch-pakistanischen Grenze lebenden Volkes der Paschtunen ebenfalls behaupten, daß ihnen das Recht auf Selbstbestimmung bisher vorenthalten worden sei. Auch dort gibt es politische Strömungen, die je nach Ausrichtung den Anschluß an Afghanistan oder die Gründung eines unabhängigen Paschtunistan anstreben.

Ich weiß nicht, warum Sie über Paschtunistan reden. Dies ist eine Idee, die sich ganz bestimmte Leute ausgedacht haben, und die längst gestorben ist, da sie keinerlei Basis hat. Afghanistan bleibt in seiner gegenwärtigen territorialen Integrität bestehen. Afghanistan und Pakistan haben ein gemeinsames Interesse daran, Frieden und Sicherheit entlang der gegenwärtigen Grenze zu erhalten.

Aber gerade das Beispiel Afghanistan lehrt doch, daß auch nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und dem Ende des Kalten Krieges Frieden und Sicherheit in der Region bedroht bleiben. Der hier stellvertretend ausgetragene Konflikt zwischen Ost und West scheint nahtlos in einen blutigen Bürgerkrieg zwi-



(Foto: Tariq Aziz)

schon den Ethnien übergegangen zu sein. Kann dieser Bürgerkrieg nicht doch auf Pakistan übergreifen?

Es ist das erklärte politische Ziel Pakistans, Irans, der neuen Russischen Föderation und der nördlichen Nachbarn Afghanistans, wie z.B. Usbekistans, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des gegenwärtigen Afghanistan zu erhalten. Natürlich gibt es auf diesem Gebiet auch Probleme, da Afghanistan eine Stammesgesellschaft ist. Aber eine Lösung dieser Probleme muß auf der Basis der afghanischen Einheit gefunden werden, da die Welt während der sowjetischen Besatzungszeit den afghanischen Widerstand unterstützt hat, und nicht einen paschtunischen, tadschikischen oder usbekischen Widerstand. Ich bin davon überzeugt, daß die Welt auch in Zukunft die Einheit Afghanistans unterstützen wird.

Wie definieren Sie die aktuelle Position der pakistanischen Außenpolitik gegenüber der gegenwärtigen Regierung in Kabul? Und wie halten Sie es jetzt mit Hekmatyar, vor nicht allzu langer Zeit noch eine Schlüsselfigur pakistanischer Afghanistanpolitik?

Ich glaube, daß es um diese eine Partei Hekmatyars viel zu viel Propaganda gegeben hat. Pakistan jedoch hat niemals eine einzelne Partei unterstützt, sondern den afghanischen Widerstand insgesamt. Natürlich hing dies vom jeweiligen Stand der Dinge ab. Außerdem spielten einige Parteien eine aktivere Rolle, als die anderen, und deshalb wichtiger und auch bekannter wurden. Pakistan kennt die Geschichte der Region. Das Britische Empire konnte niemals in Afghanistan eine Regierung von eigenen Gnaden installieren, die Sowjetunion ist an diesem Vorhaben gescheitert und Pakistan wird nicht so ignorant sein, dies zu versuchen. Deshalb begünstigen wir keine besonderen Gruppierungen, sondern streben einen Konsens aller afghanischen Parteien an. Am 24. April ist in Peschawar eine Übereinkunft ausgearbeitet worden, die einen solchen breiten Konsens der afghanischen Gruppen repräsentiert. Wir unterstützen diesen Vertrag, der für die Übergangsphase in Afghanistan einen Drei-Stufen-Plan vorsieht: Nach der zweimonatigen

Übergangsregierung unter Professor Mojaddedi führt zur Zeit für vier Monate Präsident Rabbani die Amtsgeschäfte, worauf die Einberufung einer Shoorā folgen soll, die den Rahmen für die weiteren 18 Monate abstecken soll. Wir unterstützen die legitime Regierung Afghanistans und die Anstrengungen all derjenigen afghanischen Gruppen, die sich in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Peshawar für die Einberufung einer solchen Shoorā einsetzen. Wir unterstützen niemanden, der sich gegen diesen Plan stellt.

Das heißt also, daß die pakistanische Regierung die Unterstützung Hekmatyars und seiner Hezb-e-Islami völlig eingestellt hat...

...Wir haben die Unterstützung aller politischen Verweigerer in Afghanistan völlig eingestellt. Inzwischen wird jegliche Nahrungsmittel-, medizinische und sonstige humanitäre Hilfe, die wir leisten, ausschließlich der afghanischen Regierung zur Verfügung gestellt.

Stimmt es, daß die bis vor kurzem der pakistanischen Regierungskoalition angehörende Partei 'Jamaat-e-Islami' (eine islam-fundamentalistische Partei; d.Red.) noch vor zwei Wochen 40 LKW's mit Waffen nach Jalalabad/Afghanistan an die Adresse der 'Hezb-e-Islami' geschickt hat?

Dies ist eine Frage, die sie der 'Jamaat-e-Islami' stellen müssen. Ich bin nicht der Aufseher dieser Leute.

Lassen Sie mich noch einmal auf Zentralasien zu sprechen kommen. Wie bewerten Sie mit Blick auf diesen neuen Markt die sich für die pakistanische Wirtschaft ergebenden Chancen? Wird zum Beispiel Karachi als nächstgelegener Handelshafen schon bald auf einen Aufschwung hoffen dürfen?

Sehen Sie, die zentralasiatischen Staaten und Pakistan haben historische Verbindungen. Es bestehen schon seit Jahrhunderten zwischen diesen beiden Regionen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, aber es gab auch Kriege und Konflikte. Einige unserer Herrscherdynastien, wie zum Beispiel die Moghuln, kamen von dort, außerdem viele unserer Sufiheiligen und großen Gelehrten. Nicht zuletzt haben wir ein gemeinsames religiöses und spirituelles Erbe. Diese Verbindungen wurden erstmals durch die russisch-britische Rivalität im 19. Jahrhundert gestört, bis sie dann 1917 durch die bolschewistische Revolution in Rußland völlig unterbrochen wurden. Nach 70 Jahren der totalen Isolation und 140 Jahren zumindest partieller Trennung, entdecken wir wieder neu, daß Völker, die so viel gemeinsam haben, sich frei miteinander verständigen können. Wir werden an unsere historischen und kulturellen Beziehungen anknüpfen, und natürlich auch unsere traditionellen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wieder aufnehmen. Unser Ziel ist ein reibungsloser und friedlicher Übergang in dieser Region. Durch Pakistan bietet sich den zentralasiatischen Staaten ein neues Fenster zur Welt.

Auch Indien, Iran und die Türkei bemühen sich in Zentralasien um politischen und ökonomischen Einfluß. Wird diese Konkurrenz in dem Großraum zu neuen geopolitischen Spannungen führen?

Iran ist mit einer langen gemeinsamen Grenze ein Nachbar der zentralasiatischen Staaten, und auch die Türkei liegt in geographischer Nachbarschaft. Pakistan, Iran und Türkei bilden zusammen die 'Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit' ECO (Economic Cooperation Organisation), die wir im vergangenen Jahr wiederbelebt haben. Die zentralasiatischen Staaten haben bereits den Wunsch geäußert, dieser regionalen Wirtschaftsorganisation beizutreten. Auf dem Gipfel der ECO-Staaten im Februar 1992 hat man sich prinzipiell darauf geeinigt, diese Länder aufzunehmen. Zur Zeit werden mit diesen Ländern detaillierte Verträge ausgearbeitet, so daß schon bald mit Ausnahme von Kasachstan, das einen Beobachterstatus gewählt hat, alle vier zentralasiatischen Staaten und dazu noch Aserbaidschan als Mitglieder unserer gemeinsamen Wirtschaftsorganisation angehören werden. Übrigens hat inzwischen auch Afghanistan einen Mitgliedsantrag gestellt. Mit anderen

Worten: Ich sehe keine Schwierigkeiten. Wir können alle auf dem Weg zu friedlicher wirtschaftlicher Kooperation und beim Ausbau unserer kulturellen Beziehungen zusammenarbeiten. Was Indien betrifft, so ist man dort tatsächlich über die beschriebene Entwicklung besorgt. Allerdings liegt Indien gegenüber Zentralasien zu weit entfernt, als daß es in der Region eine bedeutende Rolle spielen könnte. Anlaß zur Sorge vor zukünftigen Spannungen besteht jedenfalls deshalb nicht.

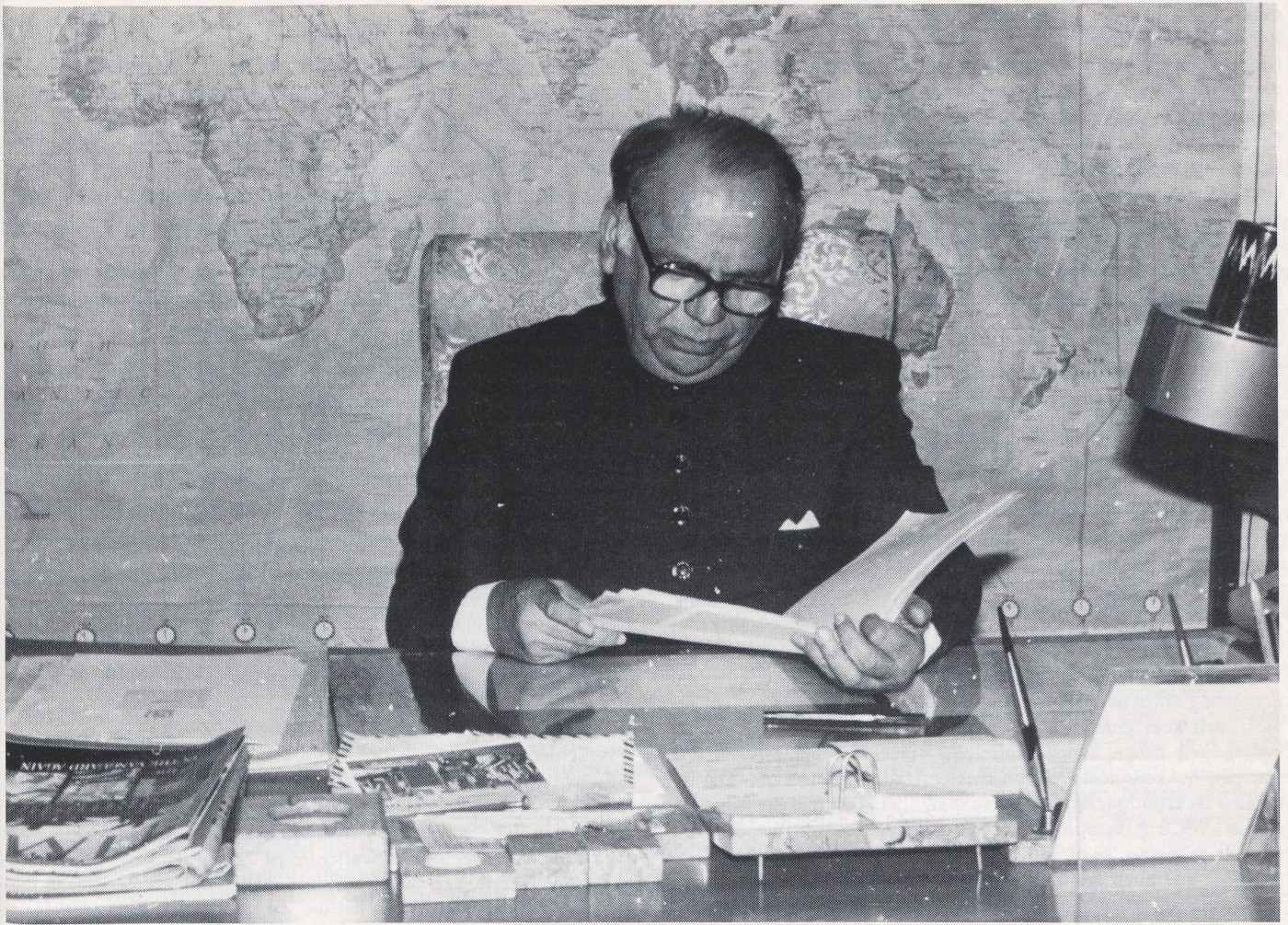
Welche Schritte hat die pakistanische Regierung bisher unternommen, um die Beziehungen zu den neuen Republiken im Norden aufzunehmen?

Wir haben zu allen betreffenden Ländern diplomatische Beziehungen aufgenommen. Diplomatische Vertretungen Pakistans gibt es bereits in Alma-Ata, in Taschkent und in Duschanbe. In naher Zukunft sollen auch in Aschchabad und in Baku Missionen eröffnet werden. Wir haben alle politischen Führer dieser Länder nach Pakistan eingeladen. Die Führer von Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan sind bereits hier gewesen. Unser Premierminister ist bisher in Usbekistan und in Aserbaidschan gewesen.

Mit allen Ländern haben wir zahlreiche Delegationen ausgetauscht. Mit allen Ländern wurden eine Anzahl von Handels- und Wirtschaftskooperationsabkommen geschlossen. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir einen vertraglichen Rahmen geschaffen haben, der den Aufbau vernünftiger beiderseitiger Beziehungen ermöglicht und absichert. Inzwischen gibt es bereits eine wöchentliche Flugverbindung zwischen Islamabad und Taschkent; ähnliche Flugverbindungen sind auch in andere Länder geplant. Dies ist natürlich erst ein Anfang. Im Verlauf der Zeit hoffen wir unsere Beziehungen ausbauen und intensivieren zu können.

Lassen sie uns auch einen Blick auf den Stand der pakistanisch-chinesischen Beziehungen werfen. Die Volksrepublik China war bisher, vor allem in den Konflikten mit Indien, der engste und zuverlässigste Verbündete Pakistans. Inzwischen aber - auch dies ist ein Ergebnis der globalen Entspannung - scheint sich eine Annäherung zwischen den Rivalen China und Indien anzubahnen. Befürchten Sie, daß sich als Konsequenz einer solchen Entwicklung das Verhältnis zwischen Pakistan und China abkühlen könnte?

Ich denke, daß die chinesisch-pakistanischen Beziehungen die stabilsten und dauerhaftesten sind, die man sich denken kann. Unser morgen beginnender Besuch in der Volksrepublik zum Beispiel, den Sie ansprechen, ist inzwischen beinahe zur jährlichen Routine geworden. Abwechselnd besucht entweder die chinesische Führung Pakistan, oder unsere Führung China. Auf den übrigen Ebenen finden pro Jahr in beide Richtungen mehr als 100 Delegationsreisen statt. Man kann also mit Recht behaupten, daß wir nach wie vor multidimensionale und blühende Beziehungen unterhalten. Tatsächlich hat es viele globale Veränderungen gegeben, darüberhinaus auch in der politischen Führung beider Länder; aber seit 1963 haben alle nur denkbaren innen- und außenpolitischen Veränderungen der Kontinuität unserer beständig guten Beziehungen nichts anhaben können. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen China und Indien begrüßen wir ausdrücklich, da wir glauben, daß China einen positiven Einfluß darauf haben wird, daß die hegemonialen Tendenzen, die Indien gelegentlich in der Region an den Tag legt, in die Schranken gewiesen werden. China hat sich den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten verpflichtet und bekämpft Hegemoniebestrebungen. Wir wissen, daß die Chinesen Indien geraten haben, seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten zum beiderseitigen Vorteil in Zukunft gemäß dieser Prinzipien auf der Basis beiderseitigen Respekts vor der Souveränität und der Gleichheit des anderen zu gestalten. Wir glauben, daß sich die verbesserten chinesisch-indischen Beziehungen positiv auf das politische Klima der gesamten Region auswirken wird. Auch wir sind daran interessiert, unsere Beziehungen zu Indien zu verbessern. Seitdem unser Premierminister im Oktober 1990 die Regierungsgeschäfte übernahm, hat er sich siebenmal mit



(Foto: Tariq Aziz)

seinen indischen Counterparts getroffen; allein fünfmal in diesem Jahr mit dem jetzigen indischen Premierminister Rao. Sein Ziel ist es, das Kernproblem Kaschmir, das die Hauptursache für die anhaltenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan darstellt, durch eine Politik des friedlichen Dialoges zu lösen. Die Konfrontationspolitik beider Länder soll durch normalere Beziehungen abgelöst werden, die die Nutzung der Ressourcen der beiden Länder für die wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt zuläßt. Dies ist unser Traum. Wir hoffen, daß unsere Freunde Indien raten, auf unser Gesprächsangebot positiv aufzunehmen. Denn nur in einer kooperativen Atmosphäre können die Wirtschaftsprogramme unserer Länder mit Erfolg durchgeführt werden. Entspannung bestimmt die gesamte Weltpolitik, nur auf dem Subkontinent hat sich der neue Ansatz noch nicht durchgesetzt. Unser Premierminister setzt sich für einen solchen neuen Ansatz der Normalisierung der Beziehungen mit Indien auf der Basis beiderseitigen Respekts und Gerechtigkeit.

Sie haben den Kaschmir-Konflikt angesprochen. Wie schätzen Sie denn die Chancen für eine Lösung dieses Problems ein?

Wir arbeiten sehr hart an einer Lösung des Kaschmir-Problems. Wir würden uns freuen, wenn sich unsere Freunde gegenüber der indischen Regierung dafür einsetzen würden, daß sich auch unser Nachbar zum Wohle unserer Völker um einen konstruktiven Ansatz in dieser Frage bemüht.

Würden Sie gegebenenfalls als möglichen Kompromiß ein unabhängiges Kaschmir akzeptieren?

Wir akzeptieren eine Lösung der Kaschmir-Frage, die auf den Prinzipien der Unabhängigkeit, der UN-Resolutionen und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht. Letztendlich hat also

nur das Volk von Kaschmir das Recht zu entscheiden. So weit wir wissen, haben die Kaschmiris dieses Jahr am 14. August (pakistanischer Nationalfeiertag, der an die Erlangung der Unabhängigkeit 1947 erinnert; d.Red.) demonstriert, was sie wirklich wollen. An diesem Tag war das gesamte Kaschmir ein einziges Meer pakistanischer Flaggen. Keine einzige indische Flagge oder kaschmirische Flagge war zu sehen. Die Besatzungsbehörden konnten noch nicht einmal am folgenden Tag durchsetzen, daß die indische Flagge gehisst wurde. Es gibt einige Leute, die von der sogenannten "dritten Option" sprechen (...d.h. weder Anschluß Kaschmirs an Pakistan oder Indien, sondern Unabhängigkeit; d.Red.), aber ich glaube, daß das Volk von Kaschmir einzig und allein den Anschluß an Pakistan wünscht. Das haben die Demonstrationen gezeigt.

Die beiden UN-Resolutionen zur Kaschmir-Frage schreiben vor, daß in ganz Kaschmir eine Volksabstimmung abgehalten werden soll, wobei sich die Bevölkerung zwischen den Alternativen einer Zugehörigkeit Kaschmirs zu Indien oder Pakistan entscheiden könnte. Falls es in Zukunft zu einer solchen Abstimmung kommt: Würden Sie auf dem Wahlzettel die "dritte Option" als zusätzliche Alternative akzeptieren?

Diese Frage habe ich bereits beantwortet. Die UN-Resolutionen sehen lediglich zwei Optionen vor, und niemand kann diese Resolutionen des UN-Sicherheitsrates unilateral verändern.

Ein Wort zur Nuklearpolitik Pakistans: In Presseartikeln ist zu lesen, daß China an Pakistan ein neues Kernkraftwerk liefern wird, obwohl China soeben den "Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen" (NVV) als Kernwaffenstaat unterzeichnet hat, der solche Lieferungen von Kerntechnologie an Nicht-

unterzeichnerstaaten wie Pakistan eigentlich unterbinden soll. Bedeutet dies, daß Pakistan auch in Zukunft dem NVV als Nichtkernwaffenstaat - wie es vor allem die USA vehement fordern - nicht beitreten wird, und trotz der internationalen Proteste das nationale Nuklearprogramm fortsetzt?

Dies ist eine lange und schwierige Frage mit vielen Komponenten. Erstens ist zur Nuklearpolitik Pakistans zu sagen, daß Pakistan die nukleare Proliferation (Weiterverbreitung; d.Red.) bekämpft, die nukleare Abrüstung in aller Welt begrüßt und die Position vertritt, daß jede Region dieses Globalziel mit einem regionalen Beitrag unterstützen sollte. In dieser Frage sind in Lateinamerika und in Ostasien bereits bedeutende Fortschritte erzielt worden. Ähnliche Fortschritte sollten wir auch in Südasien anstreben. Pakistan ist eine alte Verfechterin einer Politik der nuklearen Nichtweiterverbreitung, im Gegensatz zu einigen großen Ländern, die jetzt plötzlich diese Linie enthusiastisch verfolgen. Ursprünglich, als der NVV entworfen und unterzeichnet wurde, gab es fünf anerkannte Kernwaffenstaaten. Pakistan übernahm damals die Initiative, 1968 in Genf eine Konferenz aller Nichtkernwaffenstaaten einzuberufen. Der damalige pakistanische Außenminister wurde zum Präsidenten dieser Konferenz gewählt. Wir verlangten von den Kernwaffenstaaten Garantien für die Nichtkernwaffenstaaten im Falle eines nuklearen Angriffs oder der Drohung mit einem nuklearen Angriff einer Nuklearmacht. Auch als Indien schon eine eigene Atombombe entwickelt und im Mai 1974 zur Explosion gebracht hatte, haben wir nicht aufgehört die Vereinten Nationen Jahr für Jahr zur Verabschiedung einer Resolution aufzufordern, die in Südasien die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone verlangt. Bisher hat Indien noch kein einziges Mal zugunsten einer solchen Resolution votiert. Wir haben Indien zahlreiche Vorschläge unterbreitet, wie man den Subkontinent frei von Nuklearwaffen halten kann. Darunter eine Deklaration, die die Herstellung, den Test und die Zündung solcher Waffen unterbinden sollte und gegenseitige Inspektionen vorsah. Seit etwa 1979 werden wir gedrängt den NVV zu unterzeichnen und auch die IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation; d.Red.) anzuerkennen. Aber wir können nicht akzeptieren, wenn ein Land von einem anderen diskriminiert wird. Wir streben Sicherheit und Frieden an. Es kann keine Sicherheit geben, wenn wir diesseits der Grenzen keine Nuklearwaffen haben, wenn man auf der anderen Seite über welche verfügt. Indien hat die regionale Stabilität 1974 aus dem Gleichgewicht gebracht, aber nur uns wird die Schuld gegeben, obwohl wir lediglich ein friedliches Nuklearprogramm haben. Ich kann nicht verstehen, warum einseitig auf ein Land Druck ausgeübt wird, das keine Atombombe entwickelt hat, während ein Land, das Atomwaffen entwickelt hat, völlig unbehelligt bleibt.

Im Klartext: Pakistan besitzt keine Atombombe und arbeitet auch nicht an der Entwicklung einer solchen?

Gemäß unserer Politik betreiben wir nur friedliche Forschung. Es ist das Recht jedes Landes, Nukleartechnologie zu erwerben, aber wir werden sie nur für friedliche Zwecke nutzen. Diskriminierende Vertragswerke werden wir auf diesem Gebiet jedenfalls nicht akzeptieren.

Wenn dem so ist: Wie erklären Sie sich dann die zahlreichen Berichte, in denen hartnäckig behauptet wird, daß Pakistan an einem Nuklearwaffenprogramm arbeitet?

Diese Reports zirkulieren schon seit langer Zeit und repräsentieren Angst und Propaganda anderer, nicht jedoch die Absichten des pakistanischen Volkes. Zur Lieferung des chinesischen Kernkraftwerkes, die Sie angesprochen haben, möchte ich folgendes bemerken: Wir haben mit China einen Kaufvertrag abgeschlossen, der die gemeinsame Entwicklung eines 300 Megawatt-Kernkraftwerks in Pakistan vorsieht. Das Kraftwerk dient der Energiegewinnung und ausschließlich friedlichen Zwecken. Im übrigen wird dieses Projekt von der IAEO kontrolliert und ist nach der Unterzeichnung des NVV durch China von der Wiener Atomenergiebehörde noch einmal ausdrücklich genehmigt worden. Der NVV stellt für die Fort-

setzung der friedlichen Zusammenarbeit Pakistans und Chinas kein Hindernis dar. 1987 haben wir einen bilateralen Vertrag abgeschlossen, der für die friedliche Zusammenarbeit beider Länder die Grundlage bietet.

Ein wichtiger Faktor für die pakistanische Außenpolitik ist traditionell das Verhältnis zur Supermacht USA. Deshalb abschließend die Frage, wie Sie die pakistanisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem Golfkrieg bewerten?

Die Vereinigten Staaten und Pakistan können in ihren Beziehungen auf eine lange Geschichte beiderseitiger Zusammenarbeit zurückblicken, die auch einige schwierige Phasen enthält. Zum Beispiel machen wir zur Zeit eine solche schwierige Phase durch. Doch trotz dieser Höhen und Tiefen wird die Bedeutung und Wichtigkeit unserer Beziehungen von beiden Seiten anerkannt. Deshalb besteht auf beiden Seiten der Wunsch, die Fragen auszuklammern, bei denen Meinungsverschiedenheiten bestehen, und auf den nicht umstrittenen Gebieten die Zusammenarbeit auszubauen. Pakistan ist dabei seine demokratischen Institutionen zu entwickeln, Pakistan verwirklicht ein ehrgeiziges Privatisierungsprogramm der Wirtschaft, das auch ausländischen Investitionen den Weg ebnet, Pakistan kämpft gegen die Verbreitung von Drogen und Pakistan wünscht in Südasien, in Afghanistan in Zentralasien und im Mittleren Osten Stabilität. Dies sind die Gebiete auf denen wir zusammenarbeiten können. In den Fragen, wo Differenzen bestehen, bemühen wir uns im ernsthaften Dialog um eine Lösung.

Auf welchen Gebieten bestehen denn zur Zeit solche Meinungsverschiedenheiten?

Es gibt einige Mißverständnisse der pakistanischen Nuklearpolitik. Um diese auszuräumen, hat Premierminister Nawaz Sharif im vergangenen Jahr Konsultationen zwischen fünf Staaten vorgeschlagen, die zu einer "nuklearwaffenfreien Zone Südasien" führen sollen. Die Vereinigten Staaten, Rußland und China unterstützen diesen Vorschlag. Nur Indien hat die Zustimmung bisher verweigert. Wir hoffen nun darauf, daß die USA Indien dazu überreden können, sich doch noch an diesen Konsultationen zu beteiligen, damit wir nach einem gemeinsamen Lösungsweg für unsere Probleme suchen können.

Unser Gespräch zusammenfassend gewinnt man den Eindruck, daß auch die Entwicklungen in Zentralasien und die Ereignisse in Afghanistan nichts daran geändert haben, daß die Hauptsorge der pakistanischen Politik dem problematischen Verhältnis zum östlichen Nachbarn Indien gilt, das offenbar nach wie vor in verschiedenen Fragen von fundamentalen Meinungsverschiedenheiten geprägt wird. Gibt es denn unter solchen Voraussetzungen für die südasiasische Wirtschaftsgemeinschaft SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation) überhaupt eine Zukunft?

Es ist richtig, daß SAARC trotz einiger Fortschritte in großen Schwierigkeiten steckt. Bis diese vor allem bilateralen Probleme zwischen jeweils zwei Mitgliedsländern nicht gelöst sind, wird es auch in Zukunft nur langsam voran gehen. Dennoch wollen wir an diesem Projekt festhalten, da nach dem Ende des Kalten Krieges die Notwendigkeit zur regionalen Zusammenarbeit noch gewachsen ist. Europa stellt ein besonders positives Beispiel für ein erfolgreiches Modell wirtschaftlicher Kooperation dar, aber auch ASEAN (Association of South-East Asian Nations, d.Red.) ist zu nennen. Dies ist der Trend der Zukunft: Auch die USA, Kanada und Mexiko schließen sich zusammen; ähnliches planen die Pazifiknationen im Fernen Osten. Der Erfolg solcher Wirtschaftsblöcke hängt in einem entscheidenden Maße davon ab, wie sich die größeren Mitglieder gegenüber den kleineren verhalten. Im Falle von SAARC würde ich mir wünschen daß das größte Mitgliedsland Indien sich endlich zum Wohle aller in der Region von einer Vision zur Zusammenarbeit beseelen ließe, und weniger von Hegemonie- und Dominanzstreben.